

**(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Letzte Rednerin in dieser Aktuellen Stunde ist die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

**Elke Ferner (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Die Überschrift dieser Aktuellen Stunde lautet: „Die Zukunft der Rente“. Daher macht es Sinn, in die Papiere hineinzuschauen, mit denen die Oppositionsparteien in den Wahlkampf gezogen sind. Der Kollege Gysi hat ja zu Beginn einige wunderschöne Sätze vorgetragen. Er hat in diesem Zusammenhang aber nicht erläutert, wie er die Berechnung der Wertschöpfungsabgabe vornehmen will. Aber im Wahlprogramm der PDS steht auch, dass Sie eine Grundrente in Höhe von 800 Euro für alle einführen möchten, und zwar unabhängig von der Erwerbsbiografie.

Ich habe mir die Mühe gemacht und nachgeschaut, wie viele Entgeltpunkte ich heute brauche, wenn ich eine Rente von 800 Euro erhalten will. Das sind 30,6 Entgeltpunkte. Nach dem, was der Kollege Gysi gesagt hat, bedeutet das, dass ich 30,6 Jahre Einkommen im Durchschnitt aller Versicherten bekommen haben muss, um 800 Euro Rente – nach heutigem Rentenwert – zu erhalten. Das heutige Durchschnittseinkommen beträgt 2 500 Euro. Was Sie in Ihrem Wahlprogramm vorschlagen, würde bedeuten, dass eine Kassiererin, die nach dem von der Gewerkschaft Verdi ausgehandelten Tarifvertrag im sechsten Berufsjahr noch nicht einmal 2 000 Euro brutto im Monat verdient, 38 Jahre Vollzeit arbeiten muss, um eine Rente in gleicher Höhe, 800 Euro im Monat, zu bekommen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Deshalb fordern wir einen Mindestlohn, Frau Kollegin!)

– Ich glaube nicht, dass ein Bruttoeinkommen von 1 986 Euro unterhalb des Mindestlohns anzusiedeln ist. Das ergibt sich immerhin aus dem Verdi-Tarifvertrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Insofern ist auch da ein bisschen Nachrechnen gefordert.

Wenn die neue soziale Gerechtigkeit darin bestehen soll, dass jemand, egal wie lange er gearbeitet hat und wie viel er verdient hat, die gleiche Rente erhält wie eine Kassiererin, die sich jeden Tag, sechs Tage in der Woche, an ihre Kasse stellt und 38 Jahre für diese Rente arbeiten muss, muss ich sagen: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Leute werden schon beurteilen können, ob das sozial gerecht ist oder ob das nicht sozial gerecht ist.

Ferner wollen Sie letztendlich die Beitragsbemessungsgrenze aufheben, ohne dass damit auch entsprechende Rentenansprüche verbunden sind. Sie heben das Beitragsäquivalenzprinzip von unten und von oben auf.

Schließlich werden Sie bei einer Grundrente ankommen, deren Höhe mit der heutigen Beitragsbezogenheit überhaupt nichts mehr zu tun hat und bei der die Eigentumsgarantie – darauf bezieht sich ja die geltende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – im Prinzip auch nicht mehr gewährleistet würde. Auch das führt sicherlich zu einem hohen Verunsicherungspotenzial, zwar weniger für diejenigen, die heute Rente beziehen, dafür umso mehr für diejenigen, die heute arbeiten und in Zukunft Rente beziehen werden.

Die FDP hat in ihrem Wahlprogramm gefordert, den Beitragssatz bei 19 Prozent festzuschreiben. Nun beklagte Herr Kolb gerade, dass es keine Rentenanpassung geben wird. Was würde passieren, wenn wir im Jahr 2007 Ihrer Forderung nachkämen und den Rentenversicherungsbeitrag auf 19 Prozent festsetzten?

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Was würde denn passieren?)

Der Rentenversicherungskasse würden 9 Milliarden Euro fehlen.

Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, die Auszahlung um diesen Betrag zu kürzen,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Oder?)

was über den Daumen gepeilt eine Rentenkürzung um 5 Prozent ausmachen würde.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: War da das Wörtchen „langfristig“ dabei?)

Bei einer Rente von 1 000 Euro wären das 50 Euro im Monat bzw. 600 Euro im Jahr. Dazu sage ich: Herzlichen Glückwunsch! Das, was wir gleich debattieren, nämlich die Festschreibung des Rentenwertes – es gibt keine Rentenkürzung –,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist Demagogie!)

ist immer noch besser als das, was Sie als FDP vorgeschlagen haben. Sie betonen ja immer, dass Sie den Grundsatz ernst nehmen, nach der Wahl zu tun, wovon Sie vor der Wahl gesprochen haben. Das wäre also eine Rentenkürzung.

(Dirk Niebel [FDP]: Und was ist mit der Mehrwertsteuer?)

Die zweite Möglichkeit ist die Erhöhung der Einnahmen der Rentenversicherung über den Bundeszuschuss.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Oder wir schaffen Rahmenbedingungen, die zu höheren Einnahmen führen!)

Da frage ich mich natürlich: Wie wollen Sie das finanzieren?

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie vergessen, dass man auch die Wirtschaft dazu bringen kann, dass sie wächst, und so mehr gezahlt wird!)

Das entspricht in etwa einem Mehrwertsteuersatzpunkt. In dieser Sache ist mehr Ehrlichkeit angesagt, Herr Kolb.

Elke Ferner

- (A) Ihre aufgeregten Zwischenrufe machen deutlich, dass ich den richtigen Nerv getroffen habe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]:  
Nein, überhaupt nicht! Wenn Sie zugehört hätten, würden Sie so etwas nicht sagen!)

Wir brauchen in Zukunft – das wissen die jüngeren Generationen – neben der gesetzlichen Rentenversicherung mehr betriebliche und private Altersvorsorge. Der Umfang der betrieblichen Altersvorsorge ist deutlich gestiegen und wird durch die getroffenen Maßnahmen bei einem Betriebswechsel besser ausgestaltet.

Ich glaube, wir haben uns wenig vorzuwerfen, zumal Sie am Rentenversicherungsbericht 1995 nicht unmaßgeblich beteiligt gewesen sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]:  
Schwachsinn!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 sowie den Zusatzpunkt 6 auf:

- 5 Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006**

– Drucksache 16/794 –

- (B) Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit

- ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Katja Kipping, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

**1-Euro-Jobs aus der Berechnungsgrundlage für die Rentenanpassung herausnehmen**

– Drucksache 16/826 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnnes.

**Franz Thönnnes**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag aus dem letzten Jahr stellt eindeutig klar: Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die tragende Säule der Altersversorgung. Klar ist ebenso, dass zur Sicherung des Lebensstandards im Alter auch eine ergänzende kapitalgedeckte Altersvorsorge

- gehört, entweder privat oder über die betriebliche Altersvorsorge. (C)

Die Herausforderungen sind in der Aktuellen Stunde deutlich geworden. Es geht darum, die Kosten, die durch die längere Lebenserwartung entstehen, gerecht auf die Generationen zu verteilen. Wir alle können uns über die höhere Lebenserwartung freuen. Manchmal mag man die Zahl bei einer Geburtstagsfeier nicht so gern wahrhaben, aber zunächst einmal ist das Älterwerden schön. Für die Rentenversicherung hat es jedoch zur Folge, dass die Rentenbezugsdauer länger wird. Im Vergleich zu den 60er-Jahren wird durchschnittlich sieben Jahre länger Rente bezogen. Das ist eine finanzielle Herausforderung. Das ist aber auch eine **Bewährungsprobe für den Generationenvertrag**; denn die ältere Generation soll die Gewissheit haben, dass die jüngere Generation für sie sorgt. Schließlich hat sie durch die Schaffung der Infrastrukturen in Schulen und Hochschulen die Zukunftschancen für die jüngere Generation aufgebaut. Ich glaube, daran muss man erinnern, wenn man dafür sorgen möchte, dass der Generationenvertrag aufrechterhalten bleibt.

Wir müssen über den **demografischen Wandel** sprechen. Es ist bereits gesagt worden, dass die Zahl der älteren Menschen wächst. Jüngere kommen leider nicht mehr so zahlreich nach, wie das in den 60er-Jahren der Fall war. Damals hat eine Frau im Durchschnitt zwei Kindern das Leben geschenkt. Heute sind es nur 1,3 Kinder. Es ist deswegen gut, dass diese Koalition in die Zukunft von Familien investiert, und zwar mit dem Ausbau des Angebots von Ganztagsbetreuung in den Schulen, mit Kinderkrippenplätzen und mit weiteren Erleichterungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Das ist der richtige Weg. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die aktuelle **Beschäftigungssituation** ist ebenfalls eine Herausforderung, weil es darum geht, mit den erheblichen Beitragsausfällen in unseren sozialen Sicherungssystemen fertig zu werden. Es ist daher gut, in die Zukunft zu investieren, wie es mit den 25 Milliarden Euro geplant ist, die in Verkehr, also in Straße und Schiene, in Wissenschaft, in Forschung und Entwicklung und ganz konkret in Arbeit, nämlich durch Steuererleichterungen bei der Modernisierung von Eigentumswohnungen und Häusern und bei den persönlichen Bedingungen zu Hause, investiert werden sollen.

Diese Herausforderungen gilt es anzunehmen. Es gilt, in einem ausgewogenen Verhältnis dafür zu sorgen, dass Jung und Alt zusammenbleiben, dass die Rentnerinnen und Rentner sowie die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ihren Beitrag leisten, und dass auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hier gemeinsam Verantwortung tragen. Das ist das Prinzip unseres solidarischen Systems und das wollen wir für die Zukunft bewahren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit den **Reformen** der Vergangenheit wurde bereits darauf reagiert. Es ging darum, den Beitragssatz stabil zu